müßten als Garantie des europäischen Friedens bis in die fernste Zukunft gelten, wenn anders den Worten ihre wahre Bedeutung gegeben werden könnte.

Das Deutsche Volksblatt schreibt: Was unser Kaiser gestern sprach, ist ein Programm, das die ganze innere und äußere Politik des Reiches umfaßt, und mit immer Freude erfüllt uns Deutsche in Oesterreich, daß wir in diesen feierlichen Augenblick uns eins fühlen mit dem Träger der habsburgischen Krone. Wir Deutsche in Oesterreich wollen auch in Zukunft die festeste Stütze der Dynastie sein, weil wir nur in der monarchischen Staatsform, und zwar in einem starken Reiche, die Grundlagen zum ungehinderten Bestand unseres Vaterlandes und das Wohlergehen seiner Völker erblicken. Bedürftig ist es uns aber auch, der anderen Voraussetzung für eine machtvolle Stellung der Monarchie im Rate der Völker Rechnung zu tragen: der Pflege und Erhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche.

Die Reichspost sagt: Man kann nicht ohne tiefe Bewegung die Reden lesen, die heute zwischen Kaiser Wilhelm und unserem greisen Monarchen getauscht worden sind. Der Glückwunsch Kaiser Wilhelms, streng in den Formen gehalten, in der Bundesverfassung des Deutschen Reiches entsprechen, hebt vor allem das Persönliche mit großer Herzlichkeit hervor. Die Erwiderung Kaiser Franz Josefs auf die Huldigung der befreundeten Fürsten war mehr als ein aus tiefer Seele quellender Dank — sie enthält Lehre, gesprochen von der reinen abgeklärten Höhe des Greisenalters herab, und welche Ehrfurcht fordern schon mit Rücksicht auf die Erfahrungen und Prüfungen, aus denen sie hervorgegangen sind.

Rundschau im Auslande.

Das Budget für Großbritannien.

London, 7. Mai. Unterhaus. Das Haus und die Tribünen waren heute nachmittag in der Voraussicht, daß Premierminister Asquith das Budget einbringen werde, gedrängt voll. Man sah seinen Darlegungen mit außerordentlichem Interesse entgegen, da die Mitteilung der Regierungsvorlage betreffend die Gewährung von Altersrenten erwartet wurde. Asquith wurde vor Beginn der Rede lebhaft begrüßt.

Er führte aus, daß der auswärtige Handel Englands nach Umfang und Wert im Jahr 1907 größer gewesen sei, als in irgend einem vorhergehenden Jahre. Diese Ausdehnung sei Teilerscheinung einer internationalen Bewegung, und es seien überall Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Bewegung Ende 1907 abwärts begonnen habe. Der englische Handel habe indessen keinen ernsthaften Schlag erlitten, und die jetzigen Anzeichen deuteten auf nichts weiter hin, als daß er an Expansionskraft einbüße. Der wirkliche Ueberschuß für das verflossene Finanzjahr habe 4 726 000 Lstr. betragen, der nach gewissen Abzügen zur Verminderung der Staatsschuld verwendet werden würde. Die Staatsschuld sei im letzten Finanzjahre um annähernd 18 Millionen Lstr. zurückgegangen. Während des laufenden Jahres würde die Schuld um nahezu 15 Millionen noch weiter verringert werden, und am 31. März 1909 würde sie auf denselben Betrag reduziert sein, den sie vor zwanzig Jahren hatte. (Beifall.) Wenn andere Länder, von denen man annimmt, daß sie sich eines besseren Finanzsystems erfreuen, als England, gezwungen seien, Jahr für Jahr Anleihen aufzunehmen, so sei es keine unbefriedigende Gewähr für England, daß es in drei Jahren im stande sein werde, 40 bis 50 Mill. Lstr. seiner Staatsschuld abzuzahlen. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo man den Teil des Einkommens, der bisher zur Verminderung der Staatsschuld bestimmt wurde, einem anderen Zwecke zuführen könne. Das Gesamtbudget sehe für das Finanzjahr 1908/09 eine Ausgabe von 155 869 000 Lstr. und den festgelegten Schätzungsgrundlage gemäß eine Einnahme von 157 770 000 Lstr. vor, was einen Ueberschuß von 4 901 000 Lstr. ergeben würde.

Premierminister Asquith ging im weiteren auf die Altersrentenfrage ein und führte aus, ein brauchbarer Entwurf müsse zur Grundlage die Unterscheidung bezüglich des Alters, der Bedürftigkeit, des Standes und der Würdigkeit haben. Die Regierung schlage vor, eine wöchentliche Pension von fünf Schilling zirka für 70 Jahre alte Personen in Aussicht zu nehmen, deren Einkommen zehn Schilling die Woche nicht überschritte. Er glaube, die Zahl der Pensionäre würde 500 000 nicht übersteigen, und die Kosten würden sich nicht höher stellen als 6 Mill. Lstr. jährlich. Der Entwurf würde nicht vor dem 1. Januar 1909 in Kraft treten, und die Kosten für das laufende Finanzjahr würden daher schätzungsweise sich nur auf 1 200 000 Lstr. belaufen.

Asquith teilte ferner mit, daß der Zuckerzoll von 4 Schilling 2 Pence für das Hundredweight auf 1 Schilling 10 Pence herabgesetzt werden würde. Die Herabsetzung der Zuckersteuer soll, soweit Roh- und raffinierter Zucker davon betroffen seien, vom 18. Mai ab in Wirksamkeit treten und vom 1. Juli ab, soweit Zuckerwaren in Betracht kommen. Asquith fügte hinzu, daß die Steuer um diesen Betrag herabgesetzt habe, damit der Verbraucher den größten Vorteil von der Herabsetzung haben könnte. Die Herabsetzung des Zuckerzolls würde einen Verlust von 3 400 000 Lstr. in den Staatseinnahmen mit sich bringen, und da die anderen Zölle fast unverändert blieben, so würde sich der Ueberschuß unter Berücksichtigung der Aufwendungen für die Altersrenten auf annähernd 241 000 Lstr. stellen.

Das heute im Unterhause eingebrachte Budget fand in parlamentarischen Kreisen im ganzen eine günstige Beurteilung.

* * *

London, 7. Mai. Der Handelsausweis für April zeigt, daß gegen das Vorjahr in dem genannten Monat die Einfuhr eine Abnahme um 9 682 792 Lstr., die Ausfuhr eine solche um 3 711 523 Lstr. erfahren hat.

Englisch-französische Handelsbeziehungen.

London, 7. Mai. Bei dem heutigen Jahresbankett der französischen Handelskammer in London war der französische Handelsminister Cruppi zugegen. Der französische Botschafter Cambon führte den Vorsitz. Ferner waren anwesend der Herzog von Argyll, der Präsident der englisch-französischen Ausstellung, der Präsident der britischen Handelskammer in London und zahlreiche andere Vertreter des britischen und französischen Handels. Es wurden herzliche Trinksprüche ausgetauscht. Cruppi sprach den Wunsch seiner Regierung aus, daß sich das gute wirtschaftliche Verhältnis zwischen Großbritannien und Frankreich beständig weiter entwickeln möge, er betonte, daß zwischen beiden Ländern keine Rivalität in Bezug auf den Handel bestehe, und verweilte lange bei der britisch-französischen Ausstellung, die einen glänzenden Beweis für die Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder geben würde, und von der er vorauszusagen komme, daß die Franzosen sie in großer Zahl besuchen würden.

Aus Marokko.

Tanger, 7. Mai. Die Nachricht von der Ankunft Mulay Hafids in Mekines bestätigt sich nicht. Man glaubt, daß sich Mulay Hafid noch immer in Rugnifa befindet.

Paris, 7. Mai. Wie Admiral Philibert telegraphiert, daß Mulay Hafid, einer Nachricht des französischen Vertreters in Rabat zufolge, am Sonntag Urbigah verlassen hat, um auf Ruitra zu marschieren. Die Zarans melden, sein Weitermarsch nach Fez stehe bevor, doch habe er nur einen wenig zahlreichen Truppenbestand bei sich. Anderseits soll auch die Mahalla Bagdahis nach Ruitra abmarschiert sein.

Tanger, 7. Mai. Nach einheimischen Quellen verlautet, daß die mit einem französischen Kriegsdampfer in Safi gelandeten Truppen des Abdul Aziz diesen Ort seinesweges besetzt haben. Der Gouverneur von Safi, der ein Sohn des Ministers des Auswärtigen Mulay Hafids ist, habe vielmehr erklärt, daß diese Truppen schon in Melilla auf seiten Mulay Hafids gestanden. Auf diese Erklärung hin habe der Gouverneur die Landung der Truppen verhindert, welche daraufhin ihre Heimat entlassen wurden. Es sind dieselben, die früher Regi dagegenübergestanden haben, und die auf dem spanischen Kreuzer Numancia nach Rabat gebracht wurden. Falls sich diese Meldung bewahrheitet, wäre Safi noch im Besitze Mulay Hafids.

Von der indisch-afghanischen Grenze.

Simla, 7. Mai. Die Nachrichten von der Grenze deuten im allgemeinen darauf hin, daß die Unruhen im Erlöschen begriffen sind. Einige Mullahs der Afghanen beteiligen sich nicht mehr an der Bewegung; es wird dies dem Einfluß des Emirs zugeschrieben.

Kalkutta, 7. Mai. Man erwartet hier ernste Maßnahmen gegen Afghanistan, falls der Emir nicht bald befriedigende Erklärungen über seine Haltung gegenüber den Vorgängen an der Grenze hierher gelangen läßt. Jedoch ist die Meinung vorherrschend, daß der Emir es auf einen Krieg nicht ankommen lassen wird.

Föderation der südafrikanischen Kolonien.

Pretoria, 7. Mai. Zu dem Beschlusse der südafrikanischen interkolonialen Konferenz, den Parlamenten eine Koalition der Kolonien vorzuschlagen, schreibt die Presse allgemein, daß der Zentralregierung so viel Macht wie möglich gegeben werde. Nur in Natal und in der Oranjefluß-Kolonie werden Stimmen laut, die warnen, die separaten Interessen von den beiden großen Staaten, welche die überwältigenste Mehrheit bilden, nicht vernachlässigen zu lassen. Das Kapland und die Oranjeflußkolonie geben die für die fremde Zollpolitik wichtige Erklärung, sie seien ganz und gar gegen die Gewährung von Vorzugszöllen für britische Waren und würden nur provisorisch dem alten Arrangement beistimmen, laut welchem England mindestens 3 pCt. Vorzugszoll hat.

Kleinere politische Nachrichten.

Eine in Rio de Janeiro eingetroffene Spezialkommission von **Paraguay** wird von der brasilianischen Regierung besonders geehrt und konferiert vielfach mit dem brasilianischen Minister des Auswärtigen Rio Branco angeblich über die Haltung gegenüber Argentinien. Nach einem Telegramm aus Rio de Janeiro wird der Posten der Britischen Gesandtschaft in Montevideo, die ein Londoner Blatt als Lehenan meldet, hat der Schatz von Persien, der Empfehlung des Parlamentes Folge gebend, das Kabinett Nizam es Saltaneh wieder eingesetzt. Die politischen Kluks bemühen sich, den Schah zu überreden, mit dem Volke in nähere Berührung zu treten.

Hof- und Personalnachrichten.

* Das bevorstehende Erscheinen Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin im Elsaß wird von der Straßburger Korrespondenz mit folgenden Ausführungen begrüßt:

„Nach einem Zeitraum von vier Jahren wird es in diesen Tagen der elsaß-lothringischen Bevölkerung wieder vergönnt sein, Ihre Majestät die Kaiserin im Reichslande begrüßen zu dürfen. Nachdem die kaiserliche Familie den Frühlingsaufenthalt auf Korfu beendet und an der Jubiläumsfeier des hohen Verbündeten, Kaiser Franz Josefs von Oesterreich-Ungarn, teilgenommen hat, wird unsere Kaiserin Auguste Viktoria — während Se. Majestät Kaiser Wilhelm zur Jagd bei den Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen weilt — am Freitag, den 8. d. M., gegen Abend mit dem Prinzen August Wilhelm in Straßburg eintreffen und im Kaiserpalast Wohnung nehmen. Hier wird die Kaiserin zu Besuch des Prinzen, der seine Studien an der hiesigen Universität wieder aufnimmt, bis zum 11. Mai verweilen. Am Montag wird Ihre Majestät in den Zaun des Maschinistgl nach Appenweier abreisen, um sich von dort aus gemeinschaftlich mit Sr. Majestät dem Kaiser zu kurzem Besuch der großherzoglichen Familie nach Karlsruhe zu begeben. Am Mittwoch, den 13. Mai, werden dann Ihre Majestäten in den Morgenstunden die badische Residenz wieder verlassen und über Straßburg unmittelbar nach St. Pölt durchfahren. Von da aus erfolgt mittels Automobils die Fahrt auf die Hohkönigsburg. Die Einweihungsfeier der neu erstandenen Königsburg beginnt um 12 Uhr. Unter einem künstlerisch aufgeführten Zelte stehend, werden die Majestäten und die eingeladenen Gäste, darunter Vertreter des Bundesrats, Reichstages und Landesausschusses, sowie der Reichs- und Landesregierung, den von dem Hohkönigsburg-Verein veranstalteten Festzug an sich vorüberziehen lassen. Dieser soll den Sinnen der Gebrüder Schweitzhardt, Hans und Franz Konrad von Sickingen darstellen, als sie im Jahre 1533 die Burg von dem kaiserlichen Burgvogt Hans von Fridingen übernahmen, das heißt, als die Hohkönigsburg aus kaiserlichem in Privatbesitz überging. Sogleich nach der Ankunft der Majestäten öffnen sich die Tore der Burg, aus dem Walde reitet ein Herold heran und spricht einen kurzen von dem elsässischen Dichter Fritz Lienhard verfaßten Prolog. Dann setzt sich der Zug, der aus nahezu 900 Personen, Hauptleuten, Landsknechten, Reisigen zu Fuß und zu Pferd mit Geschützen, Pulver- und Proßwagen, Sedienungsmannschaft und Gefolge in der Tracht und Ausrüstung der damaligen Zeit besteht, in Bewegung, um von der Burg Besitz zu ergreifen. Im Innern der Burg, in deren Räumen und Gemächern sich Frauen und Jungfrauen in den reichen Kostümen des 16. Jahrhunderts bewegen, wird sich ein Leben entwickeln, wie es sich um diese Zeit bei derlei Anlässen abzuspielen pflegte. Nach eingehender Besichtigung aller Räume der Burg und ihrer inneren Ausstattung werden Ihre Majestäten mit ihren Gästen im großen Rittersaal zu einem Festmahl vereinigt sein. Nachdem erfolgt Nachmittags mittels Kraftwagen nach Straßburg, wo die Majestäten im Kaiserpalast absteigen und bei dem Kaiserlichen Statthalter und der Frau Gräfin v. Wedel das Diner einnehmen. In der Frühe des Donnerstags erfolgt die Abreise nach Wiesbaden.

Der Aufenthalt Straßburgs und der ganzen Landes bietet Ihrer Majestäten in ehrfurchtsvoller Liebe und Verehrung willkommen und gibt ihrer besonderen Freude darüber Ausdruck, Ihre Majestät die Kaiserin mehrere Tage in der Landeshauptstadt verweilen zu sehen. Wird Se. Majestät der Kaiser Festmal nur einen kurzen, einer solchen Feier gewidmeten Aufenthalt nehmen, so weiß die elsaß-lothringische Bevölkerung, daß der Kaiserliche Herr im Herbst zu längerem Verweilen in das Land zurückkehren wird, um sich in ernster Arbeit als Allerhöchster Kriegsherr von der Kriegsbereitschaft der im Reichslande unterge benachten Truppen zu überzeugen."

* Prinzessin Viktoria Luise ist heute mittag 1 Uhr 57 Min. mittels Sonderzuges von Berlin auf Wildparkstation eingetroffen und begab sich zu Wagen nach dem Neuen Palais.

* Aus Stockholm, 7. Mai, wird telegraphiert: Der König und die Königin von Schweden werden am 31. Mai zu einem offiziellen Besuch des deutschen Hofes in Berlin eintreffen; die Abreise erfolgt am 3. Juni. Um die Berliner Reise wird sich ein Besuch des dänischen Königshofes anschließen, der vom 3. bis 5. Juni dauert.

** Der Reichskanzler Fürst v. Bülow empfing gestern nachmittag den Kaiserlichen Gesandten in Belgrad Prinzen Ratibor.

* Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral von Tirpitz, ist vom Urlaube zurückgekehrt und hat die Leitung der Amtsgeschäfte wieder übernommen.

* Der Oberpräsident der Provinz Pommern, Kaiserlicher Wirkl. Geh. Rat Dr. Frhr. v. Maltzahn, hat sich von hier nach Stettin zurückgegeben, desgleichen der Polizeipräsident von Jagow, der Regierungspräsident Graf v. Alvensleben-Neugattersleben nach Neugattersleben.

* Der preußische Gesandte in München, v. Schlözer, ist vom Urlaube auf seinen Posten zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

* Der russische Generalkonsul in London, Wirkl. Staatsrat Baron Ungern-Sternberg, hat sich von hier nach Karlsbad begeben, desgleichen der Legationssekretär an der hiesigen Gesandtschaft im Haag Graf v. Lichtervelde nach Brüssel.

Deutsches Reich.

* Am Donnerstag hielt der Bundesrat eine Plenarsitzung ab.

* Zahlreiche Beschwerden, die mit der jetzt im Gange befindlichen Feststellung der Wählerlisten für die bevorstehenden Landtagswahlen zusammenhängen, werden unmittelbar an die höchsten Instanzen, den Minister des Innern oder, gerichtet. Im eigenen Interesse der Beteiligten möchten wir, so schreibt die Tägliche Rundschau, darauf hinweisen, daß dieser anscheinend auf unrichtige Rechtsmittelbelehrungen hin sehr häufig eingeschlagene Weg unzweckmäßig ist und zu unnützem Zeitverlüste führt. Einsprüche gegen Unrichtigkeiten der Wählerlisten (Urwähler- und Abteilungslisten) sind an die Gemeindebehörden (Magistrats, Gemeindevorsteher, Gutsvorsteher) zu richten. Auf die Einsprüche entscheidet in den Städten der Magistrat, auf dem Lande der Landrat. Auf Beschwerden über die Einsprucheentscheide hat die nächste in Wahlsachen vorgesetzte Staatsbehörde zu befinden, also gegenüber Bescheiden der Landräte oder städtischen Magistrate (außer Berlin) der Regierungspräsident, gegenüber Bescheiden des Magistrats in Berlin der Oberpräsident in Potsdam, und erst gegenüber Bescheiden des Oberpräsidenten in Potsdam oder der Regierungspräsidenten der Minister. Zweckmäßig werden solche weiteren Beschwerden übrigens bei derjenigen Behörde eingereicht, deren Bescheid angefochten wird. Diese ist durch sofortige Beifügung der Vorverhandlungen und ihrer Aeußerung am schnellsten in der Lage, die Entscheidung der höheren Instanz genügend vorzubereiten und herbeizuführen, kann auch etwa vorgekommene Irrtümer durch Berichtigung ihrer angefochtenen Bescheide alsbald abstellen und so die weitere Berufung der Beschwerde erübrigen. Das eine oder das andere zu tun, und zwar ohne jeden Verzug, ist sie verpflichtet.

* Eine Bereisung des sogenannten Typhusgebietes der südlichen Rheinprovinz, verbunden mit einer Revision der dort seit 1903 getroffenen Maßregeln zur systematischen Bekämpfung des in diesem Gebiete seit zirka zehn Jahren verbreiteten Typhus, hat im Laufe voriger Woche durch den Ministerialdirektor Förster und den Fachreferenten im Kultusministerium Geh. Rat Kirchner stattgefunden.

Es handelt sich um den Regierungsbezirk Trier, die Kreise Kreuznach und Meisenheim, Teilringen, der Provinz Hessen-Nassau, die bayerische Pfalz und die oldenburgische Enklave Birkenfeld. Ueber das ganze Gebiet sind Untersuchungsstationen verteilt, die preußischen stehen mit denen der Grenzländer in ständiger, engster Verbindung. Um die Einheitlichkeit zu sichern, hat der Reichskanzler einen Reichskommissar bestellt, der die entsprechenden Anträge bei den beteiligten Behörden zu stellen hat. Die Revision hat dem Vernehmen nach das erfreuliche Resultat ergeben, daß die nach Kochschen Vorschlägen eingeleitete Typhusbekämpfung bereits zu sichtlichen Resultaten geführt hat. Wenn auch noch viele Lücke zu schließen vorgehen kann, bis die versuchten Gebiete völlig seuchenfrei sein werden, so fängt doch die Zahl und Schwere der Fälle an, von Jahr zu Jahr zurückzugehen, desgleichen macht sich eine stetige Abnahme der Todesfälle bemerkbar.

* Das preußische Finanzministerium hat an sämtliche königlichen Regierungen, die Präsidenten der königlichen Oberzolldirektionen und an den Generaldirektor des Thüringischen Zoll- und Steuervereins in Erfurt folgenden Erlaß gerichtet, betreffend Giroüberweisung der Beamtengehälter, Pensionen und Hinterbliebenenbezüge im Reiche:

In Uebereinstimmung mit den nach dem diesseitigen Runderlasse vom 13. Dezember v. J. für Preußen getroffenen Anordnungen hat der Herr Reichskanzler die Reichsbehörde wegen Giroüberweisung der vierteljährlich zahlbaren Beamtengehälter, der Zivilpensionen und der Hinterbliebenenbezüge mit Anweisung versehen und die neue Zahlungsweise nachträglich versuchsweise auf die monatlich zahlbaren Gehaltsvorschüsse und Witwenpensionen ausgedehnt. Die Königliche Regierung wolle die nachgeordneten Kassen wegen der für Rechnung des Reiches zu leistenden Zahlungen mit Anweisung versehen.

* Aus Anlaß des hundertjährigen Jubiläums der Frankfurter Handelskammer fand am 6. d. Abends in den Festräumen des Rathauses zu Frankfurt a. M. ein Empfang statt, an dem außer den Mitgliedern der Handelskammer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben, die Spitzen der Zivile und Militärbehörden, sowie zahlreiche Vertreter von Handel und Industrie teilnahmen. Anwesend war auch Prinz Ernst von Sachsen-Weimar, sowie Vizepräsident der Reichsbank Dr. v. Glasenapp.

* Nunmehr teilen verschiedene Blätter die sächsischen Wahlreformvorschläge vollständiger mit.

Die Wahlberechtigung tritt mit dem 25. Lebensjahre ein bei einer Staatsangehörigkeit von zwei Jahren und einem Wohnsitz im Wahlkreise von zwei Jahren. Wer zwei Jahre vor Ausstellung der Wahlliste seinen steuerlichen Verpflichtungen gegen Staat oder Gemeinde nicht nachgekommen ist, bleibt ein Wahlrecht. Das passive Wahlrecht wird erteilt im Alter von 30 Jahren bei einer Staatsangehörigkeit von drei Jahren, einem vierjährigen Wohnsitz in Sachsen und einer Leistung an Staatssteuern von 30 ℳ. Es sollen drei Wahlkreise erteilt werden, und zwar: 1. auf Grundbesitz mit mindestens 75 Steuerzentelen oder einem Alter von 50 Jahren, 2. bei Selbständigkeit, selbständigem Betrieb und Ausübung eines selbständigen Gewerbes mit mindestens zwei Personen oder an Gehalt oder Lohn 2000 ℳ Gehalt oder einer bestimmten Vorbildung oder Ablegung des einjährig-freiwilligen Examens, 3. bei einer Steuerleistung von 2000 ℳ. Die Wahlkreise sind nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit unter Anhalt an die historische Entwicklung zu bilden. Hiernach werden die größten Städte in der Hauptstadt Wahlkreise für sich bilden, während die Mittelstädte zum Teil zu Wahlkreisen unter sich zusammengeschlossen werden, ein anderer Teil aber mit dem platten Lande vereinigt werden wird. Die kleinen Städte sind in der Hauptsache zum platten Lande zu schlagen. Bei der Wahlkreiseinteilung ist nicht nur die Einwohnerzahl, sondern auch die Fläche zu berücksichtigen. Es sollen 96 Wahlkreise gebildet werden. Die Wahlkreise sind durch Gesetz festzustellen. Einerleitungen ändern nichts an der Wahlkreiszugehörigkeit. — Am nächsten Dienstag wird die Wahlkreisdeputation die entscheidende Sitzung über die Wahlreform halten. Die mitgeteilten Grundsätze sind der Regierung seit geraumer Zeit bekannt.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus.

* Der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kröcher hat namens des Abgeordnetenhauses Se. Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen zum Geburtstag beglückwünscht und darauf folgende Antwort erhalten:

Herzlichen Dank für die mir im Namen des Abgeordnetenhauses ausgesprochenen freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage.

Wilhelm, Kronprinz.

Arbeiterbewegung.

* Aus Solingen, 6. d., teilt die Köln. Ztg. mit: Veranlaßt durch den unaufhörlichen Geschäftsgang in der Solinger Industrie hat sich der Solinger Industriearbeiterverband mit der Frage der Arbeitsverkürzung in der Hausindustrie beschäftigt. In den großen Mietskasernen ist die Arbeitszeit schon vielfach verkürzt worden, auf die elektrischen Kleinbetriebe der selbständigen Arbeiter hat man aber nicht den Einfluß, um die hier überaus lange Arbeitszeit zu verkürzen. Es wurde beschlossen, an die Reichsregierung eine Petition zu richten, in der um Festsetzung eines Maximalarbeitstages für die Solinger Hausgewerbetreibenden ersucht wird.

* In Mannheim ist bei einigen Großholzhändlern und Sägewerken, deren Betrieb seit einigen Wochen wegen Aussperrung der Arbeiter ruhte, die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem ein großer Transport von Arbeitswilligen vom Niederrhein eingetroffen war.

* Wie im Kaiserlich Statistischen Amte nach Angaben aus den Arbeiterverbänden bekannt geworden ist, nimmt die Arbeitslosigkeit zwar immer noch langsam, aber stetig ab. Von den 52 Arbeiterverbänden, die im ersten Quartal 1908 an drei Zählungen brauchbare Angaben über die Arbeitslosigkeit gemacht hatten, betrug die Arbeitslosigkeit am Schluß der vierten Quartalswoche 2,9 pCt., am Schluß der achten Quartalswoche 2,7 pCt. und am Schluß der 13. Quartalswoche 2,5 pCt. Die diese Ziffern eine allmähliche Besserung erkennen lassen, so zeigt sich weiter, daß die Arbeitslosigkeit auch im letzten Vierteljahr nicht übermäßig bedeutend war. Von den 59 Verbänden hatten an den verschiedenen Zählungen 20 bis 22 Verbände über dem Durchschnitt, und 31 bis 32 Verbände unter dem Durchschnitt, über 3 pCt. an Arbeitslosen hatten an den einzelnen Zählungen 17 bis 20 Verbände. Die Zahl der ermittelten Arbeitstage von 1 965 130 verteilte sich auf 119 088 Einzelfälle von Arbeitslosigkeit. Bei nur 37 Verbänden war im ersten Vierteljahr 1908 die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit höher als im gleichen Zeitabschnitt vergangenen Jahres.

Heer und Flotte.

* S. M. Flußkanonenboot Tsingtau ist am 7. Mai in Canton angekommen. — S. M. S. Hamburg ist am 7. Mai von Pola in See gegangen. — Das I. und II. Geschwader sind am 6. Mai, S. M. S. Pfeil ist am 7. Mai vor Helgoland eingetroffen. — S. M. S. Niobe ist am 7. Mai von Kiel in See gegangen und am 8. Mai dortihn zurückgekehrt. — Postfahrt für S. M. S. Steipner bis 16. Mai Postfostamt, dann Kiel.

Aus Berlin.

Freitag, 8. Mai.

w. Im Rathause ist jetzt das Schreiben der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft eingetroffen, mit welchem diese Gesellschaft mitteilt, daß nunmehr auch der Konferenz im Ministerium der öffentlichen Arbeiten am 9. d. M. die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der von ihr geplanten Tunnelanlagen anerkannt und ihr anheimgestellt sei, den Vertrag betreffend Erweiterung der Kleinbahngesetzliche Zustimmung auf 90 Jahre erbitte. Die Tunnelanlagen würden ein Kapital von rund 88 Mill. Mark erfordern; es sei deshalb die Zustimmung des Magistrats auf 90 Jahre und eine angemessene Erhöhung der jetzigen Tarifes zur Beschaffung des erforderlichen Kapitals erforderlich. Als Tarif ist in Aussicht genommen: bis zu 4000 Meter 10 ₰, bis 8000 Meter 15, darüber hinaus 20. Die Strecke vom Dönhoffplatz bis zum alten Botanischen Garten würde demnach 10 ₰ kosten, vom Alexanderplatz nach dem Botanischen Garten 15 ₰, vom Dönhoffplatz nach dem Zoo 20. Der neueste Projekt liegen ausführliche Unterlagen noch nicht vor. Die Skizzen zeigen, daß der Magdeburger Platz und der Dönhoffplatz für große Rampen in Anspruch genommen werden. Der Spittelmarkt soll eine Hochbahn erhalten und der geplante Straßenunterweg an der Petrikirche kongentriert werden. Dort sollen sich Straßen- und Hochbahnlinien treffen. Erläuterungen, Unterlagen über Berechnungen sind dem Schreiben nicht beigefügt worden. Für Schadenersatzforderungen der Geschäftsleute in der Leipziger-, Potsdamer-, Lützowstraße z. ist 1 Mill. Mark vorgesehen.

lb. Die Berliner Stadtsynode wird für den 20. und 21. d. zu einer ordentlichen Versammlung nach dem evangelischen Vereinshause in der Oranienstraße einberufen. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt lediglich Berichte und Rechnungsangelegenheiten, sowie die Beratung des Haushaltsplanes. Bemerkenswert ist, daß aus dem Vorstande der Stadtsynode das positive Mitglied, Konsul med. Gerhard, ausgeschieden und an seine Stelle sein Stellvertreter, das liberale Mitglied Kaufmann Weidling, getreten ist. Im Jahre 1906 ist der Ertrag der Kirchensteuern ziemlich erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Den Mindereinnahmen von 124 696 ℳ stehen Mehrausgaben von 60 067 ℳ gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 64 558 ℳ ergibt. Im Verwaltungsjahr 1907 sind drei Kirchen neu eingeweiht, ein Grundstück für eine zweite Nazarethkirche erworben worden. Von den neu bewilligten Geistlichenstellen sind elf besetzt worden. Der Antrag des Kirchlichen Reformvereins, die Mitgliedzahl der die Kirchen- und Staatsaufsichtliche Genehmigung gefunden.

* Die Berliner Liedertafel wurde am Mittwoch in Konstantinopel zum Sultan geladen. Nach dem Diner, an dem 200 Personen teilnahmen, hörte der Sultan im Theater die Vorträge, von denen er sehr befriedigt war. Allen Mitgliedern wurde die Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen, den Vorsitzenden wollte der Sultan den Osmanie-Orden verleihen. Medaillen und Orden verteilte Turkhan Pascha auf der Bühne. Nachher ließ der Sultan durch den deutschen Botschafter Freiherrn v. Marschall, der von seiner Loge aus sprach, den Sängern sagen, er sei sehr erfreut, sie gehört zu haben; seit der Zeit, da er mit dem Botschafter Grafen Metternich in Berlin gewesen, habe er so schönen Männergesang wie heute nicht gehört. Er widme dem Verein zur Erinnerung an den Abend eine Vase, die in dem Vereinslokal aufgestellt werden möge, und wünsche ihm Glück und ferneres Gedeihen.

* In der Galerie Eduard Schulte wird morgen, Mittags 12 Uhr, mit einer Vorbesichtigung eine neue Ausstellung eröffnet mit Kollektionen und Werken von Gilbert v. Canal-München, Max Köpven-Magdeburg, Fritz Rhein-Berlin, Walter Strick Chabell-Seeheim, Max Jaeger-Berlin. Kollektiv treten auf die Engländer Charles H. Shannon, der neben Delbillem eine reiche Sammlung seiner berühmten Lithographien bringt, und sein Lehrer, der Bildhauer Charles Ricketts.

* Die Generalversammlung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes nahm den Antrag des Bundesvorstandes an, in ihm geeignet erscheinender Weise dahin zu wirken, daß besondere Anstalten für die Unterbringung psychopathisch minderwertiger Kinder errichtet werden, ebenso einen Zusammenschluß der Vereine, welche sich die Ostgruppenvorsträhne veranlassen, darauf hinzuwirken, daß in ihren Landesteilen Hilfserziehungsanstalten für psychopathisch minderwertige Kinder errichtet werden. Es wurde ferner eine Petition um Einführung des direkten Frauenwahlrechts an den Reichstag angenommen. Ein Referat über die Dienstbotenfrage trat für Hausfrauen- und Dienstbotenvereine ein.

* An der bis zum 17. d. in den Räumen der Philharmonie stattfindenden Fachausstellung für Backbinderei hat sich auch der Seele-Verein beteiligt, was um so mehr Beachtung verdient, als dieser das einzige Institut ist, welches Frauen und Töchter für die Buch-binderei ausbildet und vorbereitet. Man sieht in der Ausstellung eine Anzahl Buchbindebuche von der einfachsten bis zur eleganteren Ausführung, mehrere künstlerische Adressen mit Handvergoldung, Lederauflage, Pliabdruck und dergleichen. Unter anderem sind auch zwei Goldschnitt-Arbeiten ausgestellt, die von Schülerinnen in ihrer Gesellenprüfung nach eigenem Entwurfe angefertigt haben.

* Die Ausnahmen des Berliner Vereins für Ferienkolonien ist abgelaufen. Aber der Berliner Verein für Ferienkolonien nimmt jedes erholungsbedürftige arme Kind, das sich in seinem Bezirk befindet, gern in Pflege, wenn es nicht über 14 Jahre alt ist. Die Verpflegungssumme für ein solches sogen. „Muskind" beträgt für vier Wochen Landaufenthalt 50 ℳ, für eine Kur im See- oder Solbad 65 ℳ. Leicht läßt sich eine solche Summe, sofern man es nicht allein entrichten will oder kann, durch Sammlungen im Familien- oder Freundeskreise aufbringen. Deshalb müssen auch diese Kinder in den Klassen der allgemeinen Ferienkolonie Hinterhäuser, die dürfen nicht länger als sieben, höchstens acht Wochen bleiben. Jedenfalls ist in Indien und besonders in Bengalen genug Zündstoff angesammelt, um immer wieder zu solchen Explosionen wie der jüngsten Verschwörung zu führen.

Begriffen eher schädlich als nützlich. Sie haben von einer Menge Dingen gehört, die ihnen nun im Kopfe herumgehen und ein phantastisch wirres Weltbild erzeugen; sie haben die Grundlagen und Begriffe der europäischen Zivilisation nicht verstanden. An einer leitenden Stellung haben sie „Babu" unmöglich, denn er ist unzuverlässig und unfähig, sein Handeln durch höhere Gesichtspunkte leiten zu lassen. Er kann höchstens ein guter Unterbeamter unter strenger Aufsicht werden. Diese mißvergnügten, nach ihrer Meinung in kleinlichen Verhältnissen niedergehaltenen Hindus sind aber die geborenen Intriganten und Revolutionäre; diese geistig beweglichen, gebildeteren Elemente bringen in die breite stumpfe Masse den Gärungsstoff, der sie langsam durchsetzt. Die nichtigsten Argumente, mit denen sie zur Revolution anreizen, sind die Erweckung ihres patriotischen Gefühls, der Schrei „Indien für die Indier" und die leidenschaftliche Schilderung der Uebelstände, die das britische Regiment in ihrem Lande hervorgerufen. Die Hauptzentren der Empörungen sind Kalkutta, Poona und Lahore. Bengalen ist in den letzten zwei Jahren seit der Teilung des Landes in zwei Provinzen der eigentliche Herd der Revolution geworden, die sich weit über Kalkutta hinaus verbreitet hat. In Lahore ist der kriegerische Stamm der Sikhs, der sich ebenso wie die Rajputs von dem Einfluß der Brahminen freigemacht hat und im wesentlichen durch patriotische Motive zum Kampf gegen die Briten entflammt ist. Hier entstehte vor einigen Jahren der kühne Lajpat Rai eine eifrige Agitation, und nur die resoluten Maßregeln des damaligen Staatssekretärs für Indien, John Morleys, vermochten die Revolution im Keim zu ersticken. So fällt die Erregung der Mohammedaner aktiven Widerstand gegen England immer wieder auf fruchtbaren Boden. Weniger Erfolg hat bisher die Agitation gehabt, die einen passiven Widerstand organisieren will, der in einem Boykott der englischen Waren bestehen soll. Obwohl die Führer des Aufstandes in Bengalen diesen Gedanken immer wieder verfochten haben, stößt der Boykott auf den größten Widerspruch, da die englischen Waren zum Teil viel billiger und besser sind. Jedenfalls ist in Indien und besonders in Bengalen genug Zündstoff angesammelt, um immer wieder zu solchen Explosionen wie der jüngsten Verschwörung zu führen.